

## **Beschluss**

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. November 2010

### **§ 56**

#### **Amtsbericht des Regierungsrates und der Gerichte für das Jahr 2009**

(Bericht Geschäftsprüfungskommission [GPK], 5.11.2010)

#### **Eintreten**

*Hans Peter Spälti*, Netstal, Präsident GPK, konnte die Arbeit zusammen mit der fast zur Hälfte neu besetzten Kommission erst Ende Juni nach der Neukonstituierung aufnehmen. Die bewährte Arbeit in Zweiertteams pro Departement wurde beibehalten, wobei ein bisheriges mit einem neuen Mitglied tätig war. So konnten die Neuen vom Wissen der Bisherigen profitieren und sich rasch in die Gepflogenheiten der GPK einarbeiten. Es wurden die Abklärungen und Befragungen mit aller Sorgfalt und kritisch durchgeführt, diverse zusätzliche Berichte angefordert und ausserordentliche Besprechungen abgehalten. Vor allem interessierten laufende Prozesse und Aufgaben. – Wiederum gab neben dem Amtsbericht auch die Pendenzenliste der GPK Themen vor.

*Regierungsrat.* – Bezüglich Kantonalbank waren nicht nur Altlasten und Stand der Klagen gegen ehemalige Bankorgane Thema, sondern auch die verstärkte Rolle des Kantons als Eigner im Verwaltungsrat. Erfreulicherweise finden vermehrt strategische Diskussionen statt, und werden die Eigentümerinteressen besser gewahrt. – Beim Kantonsmarketing werden durch Neuorganisation Synergien und Kontrollmechanismen besser genutzt, und eine externe PR-Agentur begleitet die Aktivitäten. Es ist jedoch eine gemeinsame Denk- und Arbeitsweise zu entwickeln. – Vom Bericht zur Aufgabenentflechtung werden Aussagen zu den Zuständigkeitsverschiebungen Kanton / Gemeinden und den daraus resultierenden Einsparungen erhofft. – Bezüglich der Umfahrungen entstanden, entgegen Medienschlagzeilen, keine Verzögerungen. – Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Bundesparlamentariern und den drei neuen Gemeindepräsidenten sind zu verbessern.

*Finanzen und Gesundheit.* – Die ärztliche Versorgung ist gut oder ausreichend. Es sind aber grosse Anstrengungen nötig, um dies beibehalten zu können. – Im Kantonsspital zeigt die Fluktuationsentwicklung kein erhöhtes Austrittsverhalten infolge ungenügender Personalführung. Die Geschäftsleitung arbeitet zielgerichtet und die Hilfe der neuen Organisationseinheit „Personalmanagement“ wird viel und gerne in Anspruch genommen.

*Bau und Umwelt.* – Bei der Wasserrechtsgesetzgebung wird nicht zuletzt aufgrund der rudimentären gesetzlichen Vorgaben und der hängigen Konzessionen, ein forscheres Vorgehen erwartet. Ein neues Wassergesetz hat vordringliches Ziel zu sein. – Beim öffentlichen Verkehr werden Zugang zu einem einfachen Tarifsysteem und Halbstundentakt gezielt verfolgt. – Die Notwendigkeit flächendeckender Beurteilung bezüglich Naturgefahren scheint noch nicht überall durchgedrungen zu sein. Die Pendenzen müssen im Zusammenhang mit der ohnehin anzugehenden Raumplanung möglichst rasch abgearbeitet werden.

*Sicherheit und Justiz.* – Die Straftaten der 10- bis 17-Jährigen liegen im oberen Mittel der letzten Jahre. Der Jugenddelinquenz ist besonderes Augenmerk zu schenken. – Abklärungen zur Cyberkriminalität werden immer zeitaufwändiger und kostenintensiver. Es wird interkantonal und international vermehrt zusammenzuarbeiten und der Prävention mehr Gewicht beizumessen sein.

*Volkswirtschaft und Inneres.* – Die Aussage zur Gemeindestrukturereform, zwischen den Vorgaben und den effektiven Stellenplänen bestünden Differenzen, ist unbefriedigend, liegt doch mehr als die Hälfte des Einsparpotenzials bei den Personalkosten. Die prognostizierten Einsparungen sind möglichst zu erreichen. – Der Raum- und Zonenplanung kommt eine entscheidende Rolle für die Zukunft des Glarnerlandes zu. Die einmalige Chance, die sich aus der Strukturbereinigung eröffnet, darf nicht vergeben werden. Alle beteiligten kantonalen Stellen haben sich zu Gunsten optimaler Voraussetzungen anzustrengen.

*Bildung.* – Die Gemeinden werden bei der herausfordernden Übernahme der Volksschule durch den Kanton begleitet; in unseren kleinräumigen Verhältnissen müssen einigermaßen einheitliche Schulsysteme entstehen. – Die Fachstelle Denkmalpflege wird besser ins Departement zu integrieren und für sie ein einheitliches Verständnis zu entwickeln sein. Speditiver Bearbeitung von Baugesuchen ist Aufmerksamkeit zu schenken. – Seit der Verwaltungsorganisation 2006 führte faktisch der Departementssekretär die Hauptabteilung höheres Schulwesen und Berufsbildung; nun ist die bewilligte Stelle besetzt.

*Gerichte.* – Die eidgenössischen Prozessordnungen bringen infolge komplizierter Arbeitsabläufe personellen Mehraufwand. – Das ab 2011 vorgesehene elektronische Publizieren der Gerichtsentscheide wird eine alte Pendeuz der GPK erfüllen. – Der Umbau des Gerichtshauses kommt voran. Im Zusammenhang damit werden die Staatsanwaltschaft an die Postgasse, dem Standort des Departements Sicherheit und Justiz, und das Verwaltungsgericht ins Gerichtshaus übersiedeln.

Abschliessend dankt H.P. Spälti den Kommissions- und Regierungsmitgliedern sowie dem Obergerichts- und dem Verwaltungsgerichtspräsidenten für konstruktive und offene Zusammenarbeit und Diskussion. Der Protokollführerin dankt er für die umfangreiche Protokollführung und die Unterstützungsdienste. – Er beantragt namens der GPK, den Amtsbericht 2009 mit dem Dank an Regierung, Verwaltungskommission der Gerichte und alle Angestellten zu genehmigen.

*Marco Hodel*, Glarus, Kommissionsmitglied, ersucht namens der CVP-Landratsfraktion um Genehmigung. – Er äussert sich zum Fortschritt des Projektes Unesco Weltnaturerbe Sardona. Die Inbetriebnahme eines definitiven Besucherzentrums wird mit Sommer 2013 angegeben. Dann werden fünf Jahre seit dem Aufnahmebeschluss vergangen sein; solange darf es nicht dauern. M. Hodel verweist diesbezüglich auf Pressemeldungen: Dezember 2009: Besucherzentrum nächstes grösseres Projekt; August 2010: zwei Provisorien schnellstmöglich zu eröffnen; 21. Oktober: Glarus Süd bezahlt ans Besucherzentrum; 28. Oktober: die Provisorien kommen erst 2011, neue Gemeinden werden einbezogen, Trägerschaft noch nicht festgelegt, Machbarkeitsstudie liegt Ende Jahr vor, vorher zwei Workshops durchzuführen. Das Weltnaturerbe Sardona ist für den Kanton wegweisend. Interessierte werden von sehr weit anreisen um es zu besuchen und mehrere Tage bleiben, sofern ihnen Erklärungen gegeben werden, wofür das Besucherzentrum sehr wichtig ist. – Mehr Zeit darf für diese regional-touristische Angelegenheit nicht mehr verloren gehen. Das einmalige Naturphänomen zu nutzen ist eine kantonale Aufgabe. – Die CVP verlangt intensivere Anstrengungen betreffend Besucherzentrum.

Der *Vorsitzende* weist den Redner, der sich zum Wasserrecht zu äussern beginnt, darauf hin, dass die Detailberatung noch nicht eröffnet ist.

## **Detailberatung**

*Regierungsrat* (S. 4–11)

*This Jenny*, Glarus, nimmt das Kantonsmarketing auf. Er begrüsst dessen Ernstnehmen und das Bilden von Strukturen. Bei der Umsetzung aber hapert es. Bauern, Gewerbe, Verkaufsorganisationen: überall steht man an. Der Kanton hat sich zu entscheiden zwischen klein und beschaulich mit zwar kurzen Entscheidungswegen oder dafür, das für das Weiterbestehen des Kantons Entscheidende zu erreichen: mehr Arbeitsplätze, mehr Einwohner. Gelingt dies nicht, wird das Finanzieren der Infrastrukturen längerfristig unmöglich sein. Kunsthaus, Polizeikorps, Verwaltung usw. könnten mit dem gleichen Bestand für bis zu 30'000 Personen mehr geführt werden. Wird alles verhindert, gelingt dies nie. Ob die Bevölkerung das ECE Mollis befürwortet, ist zwar ungewiss. Aber seit 2006 wäre ein Investor bereit, dafür 200 Millionen Franken zu investieren und 200 bis 300 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gemeinde Mollis ist dafür, aber es verzögert sich der Entscheid solange, bis der Investor nach anderen Lösungen sucht. Schnelleres Entscheiden mag nicht einfach sein, weil Schwyz und St. Gallen involviert sind und letzterer Kanton mit Hinweisen verzögernd wirkt, weil er Schänis bevorzugt und dafür jegliche Kompromisse einzugehen bereit ist. Gespräche mit dem Baudirektor verdeutlichten die verworrene Situation, doch darf kein Investor zu lange im Ungewissen gelassen werden. Ein Informatikzentrum, das hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen hätte, wurde ebenfalls nicht ermöglicht. – Es mag für die Volkswirtschaftsdirektorin brutal schwierig sein, aber irgendwann ist zu klären, wohin die Reise führen soll. Da helfen Organigramme mit strategischer, konzeptioneller, ausführender und operativer Ebene, Gutachten und externe Experten nicht weiter; nötig ist der politische Wille. Es trifft zwar zu: jedes Vorhaben hat Freunde und Gegner, selbst das Pflanzen oder Auszerren eines Baumes. Irgendwann aber hat die Regierung einen Mehrheitsentscheid betreffend der Zukunft des Kantons herauszufordern.

Regierungsrätin *Marianne Dürst* ist mit dem Vorredner weitgehend einverstanden. Ansiedlungsvorhaben hängen von vielem ab, und die Rechtsordnung lässt, weil die Meinungen verschieden sind, Raum für Verhinderungen; daran vermag das Kantonsmarketing wenig zu ändern. Betreffend der Ansiedlung eines Informatikunternehmens ist zwar eine Interpellation hängig, doch ist zu hoffen, dass die 70, im Endausbau 140 hochqualifizierte Arbeitsplätze mit volkswirtschaftlicher Bedeutung bringende Ansiedlung gelingt. – Der Landrat selbst forderte Marketinganstrengungen, weil der Kanton beinahe einem weissen Fleck auf der Landkarte gleichkomme. Dafür aber sind Organisationsform und Struktur festzulegen. Nun werden aus den Departementen einheitliche Botschaften vertreten, für die der Kanton und die Gemeinden einstehen. Heuer waren es vor allem Botschaften im Zusammenhang mit der Aufsehen erregenden Gemeindestruktureform, nächstes Jahr sind es solche zu „Wohnen“, im Kanton werden sehr viele Wohnungen gebaut, „Steuern“ und „Naherholungsgebieten“ (die auch den Tourismusbereich betreffen). Der Erfolg des vor allem wegen der bescheidenen Mittel auf drei Jahre und auf PR-Massnahmen beschränkten Kantonsmarketings wird schwierig zu bewerten sein. Die Regierungsrätin ruft alle dazu auf, unseren Kanton bekannt zu machen, über ihn zu sprechen, sind doch für den Erfolg der Alltag, auch der politische in Verwaltung, Behörden, auch die Landsgemeinde und die privaten Kräfte massgebend.

*This Jenny* brachte sein Anliegen wegen der Bedeutung für alle bei der Behandlung des Gesamtregierungsrates an, und sein Votum richtete sich nicht gegen das Kantonsmarketing. Es ist aber die Frage zu beantworten, ob der Regierungsrat genug dafür tut, dass Interessenten interessiert bleiben und seine Entscheide dazu dienen.

### *Bau und Umwelt* (S. 123 – 174)

*Marco Hodel* bittet den Landammann darum, das beim Eintreten Gesagte zur Kenntnis zu nehmen. – Er äussert sich namens der CVP-Landratsfraktion zur Wassergesetzgebung. Die CVP ist dezidiert der Ansicht, es sei endlich vorwärts zu machen. Das neue Wassergesetz darf nicht erst der Landsgemeinde 2014 vorgelegt werden. Wasser ist unser einziger Rohstoff. Das Fehlen eines modernen und effizienten Wassergesetzes blockiert die wirtschaftli-

che Entwicklung. Wegen der rudimentären Wassergesetzgebung wurden verschiedene Konzessionen angefochten und bleiben sistiert. Es herrscht Stillstand. – Dem Schaffen eines neuen Wassergesetzes ist Priorität einzuräumen, und es ist an der Landsgemeinde 2012 zu erlassen.

*Peter Rothlin*, Oberurnen, überrascht dieses Votum, nahm doch von der CVP als einziger Fraktion niemand an der kürzlich stattgefundenen Anhörung zum Wassergesetz teil. – Bezüglich Wassergesetz ist der GPK-Bericht nicht mehr aktuell. An der Anhörung gaben Gemeinden, Handelskammer, Umweltverbände, Parteien usw. ihre Stellungnahmen ab. Etwa die Hälfte von ihnen, jedenfalls nicht alle, erachteten das Schaffen eines neuen Wassergesetzes keineswegs als vordringlich. Die CVP erweckt mit dem Votum einen falschen Eindruck.

*Thomas Hefti*, Schwanden, sagt klar: Das Wassergesetz hat nicht „subito“ zu kommen. Es gibt genügend Gesetze, die, kaum in die Gesetzessammlung aufgenommen, wieder revidiert werden müssen. Dies darf beim Thema Wasser nicht geschehen; Pfusch ist nicht gefragt. Ob das Wasserrecht rudimentär ist, hängt von der politischen Ansicht ab. Immerhin erlaubte es, das 2005 gestellte Gesuch für eines der grössten Vorhaben der Schweiz ohne Beschwerdeverfahren 2007 mit einer Konzession abzuschliessen. Das belegt doch Effizienz, kurze Wege und Entwicklungsmöglichkeit. – Empfehlenswert wäre jedenfalls das Nachlesen der Memoriale der 1950er-Jahre. Sie behandeln sehr Vieles, das zu beraten sind wird.

Landammann *Röbi Marti* erinnert an die am 11. November 2010 stattgefundenene Anhörung, die zu einer sehr guten Auslegeordnung führte und die Mehrheitsverhältnisse bezüglich Dringlichkeit ungewiss liess. Auf den vor fünf Jahren in Auftrag gegebenen und verspätet eingetroffenen Entwurf des neuen Wassergesetzes gingen 50 Stellungnahmen ein. Obschon die Mehrheit das Gesetz grundsätzlich als in Ordnung befand, ergab sich bei der Kardinalfrage, Systemwechsel ja oder nein, keine Einigkeit. Danach wurde beschlossen, das Thema erst nach der Zusammenführung der Gemeinden wieder aufzunehmen. Dies ist nun geschehen, leider in Abwesenheit der CVP-Landratsfraktion, von der aber ebenfalls gute, konstruktive Zusammenarbeit erwartet wird. – Departement und Regierung erachten den Erlass eines Wassergesetzes als dringlich.

Das Projekt Weltnaturerbe Sardona ist ein Konstrukt, bei welchem nicht dem Kanton die Leitung zukommt. In den Kantonen Graubünden und St. Gallen wird noch um die Standorte der Besucherzentren gerungen, was Glarus ebenso hinter sich hat, wie die Budgetierung in Kanton und Gemeinden, weshalb es hier zügiger vorwärts geht als bei den Partnern.

#### *Sicherheit und Justiz (S. 231–262)*

*Rolf Blumer*, Glarus, nimmt die Bemerkung im Kommissionsbericht (S. 10) auf, wonach „mit dem heutigen Personal im Bereich Verkehrssicherheit gemäss Prioritätenliste gearbeitet“ werde – was er bezweifelt – „und zusätzliche Massnahmen nicht möglich“ seien. Unbestritten sei, „dass mit etwas mehr Ressourcen weitere präventive Tätigkeiten möglich wären“. Der Redner schrieb dem Polizeikommandanten mit Kopie an den Departementsvorsteher, er erachte, solange in Glarus an Samstagnachmittagen die Blaue Zone kontrolliert werde, die Arbeitseinteilung als zu weit weg vom wirtschaftlich schwierigen Umfeld. Im Landrat werde er mit grossem Interesse der Diskussion über die Aufstockung des Personalbestandes folgen und auf eine diesbezüglich direkte Antwort des Polizeidirektors warten. Eine Personalaufstockung sei nur in Kenntnis der Prioritätenliste möglich, denn bei klugerem Einsatz der Ressourcen wären „weitere präventive Tätigkeiten“ schon heute möglich.

Landesstatthalter *Andrea Bettiga* geht nicht auf das Beispiel ein, da dem Rat demnächst der Polizeibericht unterbreitet wird, welcher als Diskussionsgrundlage dafür dient, zu erkennen, wo und wie die Ressourcen eingesetzt werden wollen. Klar ist: Die Gesellschaft veränderte sich und wir alle sind gefordert.

*Verwaltungskommission der Gerichte (S. 265)*

*This Jenny*, Glarus, weist auf die vielen Entschuldigungen im Rat hin und darauf, dass einige gerne anwesend wären, dies aber nicht dürfen. Es ist nicht vier Jahre auf Volljährigkeit zu warten, bereits die sechs vergangenen Monate sollten genügen. Zudem wird wie gestern im Dienstagsclub des Fernsehens ausgesagt, die SVP Glarus stehe wie Nationalrat Lumengo am Pranger. Dies, obschon mittlerweile aktenkundig zu sein scheint, dass Siegfried Noser nichts nachgewiesen werden kann. Ist dem so, erwartet der Redner umgehend eine klärende Medienmitteilung des Regierungsrates. Unter den doch sehr konkreten Vorwürfen leiden die offenbar zu unrecht Belasteten und deren Familien. T. Jenny meinte damals, wenn sich Regierungsrat und Ratsschreiber so klar äussern, wird etwas an den Anschuldigungen sein, und er lege die Hände für niemanden ins Feuer, wobei er sich selbst nicht ausnimmt. Die Reduktion des Landrates verpflichtet ebenfalls zu baldiger Regelung der Sache, um die falsch Angeschwärmten willkommen heissen zu können.

*Yves Rüedi*, Obergerichtspräsident, Glarus, meint, T. Jenny habe nicht zu ihm, sondern auf die Regierungsbank geschaut. Zudem haben die Hinweise nichts mit der Verwaltungskommission der Gerichte (VKG) zu tun, und zu einem laufenden Verfahren beim Verhöramt, dem der Obergerichtspräsident keine Weisungen erteilen darf, kann keine Aussage gemacht werden. Das Verhöramt ist der VKG lediglich administrativ angegliedert, und es wird ab kommandem Jahr zum Departement Justiz und Sicherheit gehören.

*This Jenny* wäre schon froh, wenn etwas geschähe.

Landammann *Röbi Marti* erinnert an die Abnahme des Validierungsberichts durch den Landrat am 30. Juni. Damit setzte dieser das nun Laufende in Gang: einerseits Abstimmungs-, andererseits Strafrechtliches. Die beiden Untersuchungen sind nach deren Abschluss zusammenzuführen und danach wird der Regierungsrat Bericht erstatten können. Das Verfahren läuft nicht auf Veranlassung der Regierung, sondern aufgrund einer Beschwerde von Stimmberechtigten. Nun gilt es nach bestem Wissen und Gewissen herauszufinden, was geschehen ist. Auch die Regierung hätte sich schnelleres Erreichen des Ergebnisses erwünscht. Beizufügen aber ist, dass ausgerechnet die Involvierten ihre Fristen mehr als ausreizten, dabei wäre vor allem ihr sofortiges Reagieren hilfreich gewesen.

*This Jenny* vermutet, es wäre möglich, mit einigen Kollegen den Baudirektor des falschen Wahlverhaltens zu beschuldigen und danach hätte dieser über ein halbes Jahr auf den Entscheid zu warten und das Amt bliebe unbesetzt; das kann doch nicht sein. – Letztlich leitete doch die Regierung gestützt auf Kontrollen und in der Ansicht, es sei falsches Handeln erwiesen, das Verfahren eingeleitet.

Landammann *Röbi Marti* erwidert, bezüglich dem abstimmungsrechtlichen Teil treffe dies zu, aber zum strafrechtlichen habe der Regierungsrat keinerlei Einfluss gehabt, noch habe er jetzt einen solchen.

Der *Vorsitzende* erklärt, es wären wohl alle um baldiges Erledigen froh.

Der Kommissionsantrag blieb unbestritten. Der Amtsbericht ist genehmigt.

Der *Vorsitzende* verdankt der Kommission, insbesondere dem Kommissionspräsidenten, die Arbeit.